

Aufbruchsstimmung und neue Zwänge



Dem Nationalsozialismus gelingt es, die hohe Arbeitslosigkeit in Tirol innerhalb eines halben Jahres zu beseitigen. Im Winter 1938 herrscht Vollbeschäftigung. Auch die TirolerInnen, die ohne staatliche Unterstützung sind und in den Arbeitslosenstatistiken gar nicht mehr aufscheinen, finden nun Arbeit.

Die rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist möglich, weil die Deutsche Wehrmacht an große und kleine Firmen viele Aufträge vergibt und der Staat mit breit angelegten Beschäftigungsprogrammen in die Wirtschaft investiert. Die Finanzierung erfolgt nicht zuletzt durch die Gelder und hohen Gold- und Devisenreserven Österreichs, die vor 1938 angespart wurden, statt sie für eine aktive Beschäftigungspolitik zu verwenden. Das NS-Regime profitiert nun von den vollen Kassen des untergegangenen „Ständestaates“ und kann als Wohltäter auftreten.

Wie wird die Arbeitslosigkeit beseitigt?

Der NS-Staat bindet Österreich sofort in die deutsche Kriegswirtschaft ein. Die Tiroler Arbeitslosen und die nicht ausgelasteten Betriebe werden für das riesige deutsche Aufrüstungsprogramm dringend benötigt. Daher wird die Tiroler Wirtschaft rasch „kriegsfit“ gemacht. In kürzester Zeit erfolgt die Umwandlung zahlreicher Unternehmen in Rüstungsbetriebe. Doch auch viele kleine und mittlere Firmen können ihre Produkte der Wehrmacht verkaufen.

Bauwirtschaft

Der wichtigste Wirtschaftssektor des Aufschwunges ist die Bauwirtschaft. Viele Straßen und Wege werden asphaltiert, das Tiroler Straßen- und Eisenbahnnetz ausgebaut und neue Brücken errichtet. 1938/39 erfolgt der Bau des monumentalen Gauhauses (heute Neues Landhaus) in Innsbruck, in dem die Parteidienststellen und die staatlichen Behörden der Reichsstatthalterei Tirol-Vorarlberg untergebracht sind.

Während der NS-Zeit werden in Tirol fast 10.000 Wohneinheiten geschaffen, die Hälfte davon für ZuwanderInnen aus Südtirol. Hitler und Mussolini haben 1939 ein Abkommen geschlossen, das die SüdtirolerInnen zwingt, entweder für den Weiterverbleib im faschistischen Italien zu stimmen oder für die Auswanderung ins Deutsche Reich. Während im Krieg keine zivilen Bauten mehr durchgeführt werden dürfen, gibt es für den als kriegswichtig eingestuften Südtiroler Wohnbau eine Ausnahmegenehmigung.

Elektrizitätswirtschaft

Deutschland hat einen hohen Strombedarf. Tirol ist reich an Wasserkraft, die der Nationalsozialismus erschließen will. Ein deutscher Staatskonzern (Vereinigte Industrieunternehmungen AG, kurz VIAG) übernimmt über seine Tochtergesellschaft Alpenelektrowerke AG (AEW) die TIWAG (Tiroler Wasserkraftwerke AG). Das Land Tirol und die Stadt Innsbruck müssen ihre Anteile abgeben. Die AEW und die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke gründen die Westtiroler Kraftwerke AG. Die Elektrizitätswirtschaft Tirols befindet sich dadurch völlig in den Händen deutscher Großunternehmen.

Von 1938 bis 1941 wird das erste große Flusskraftwerk Tirols errichtet, das Innkraftwerk Kirchbichl. Bis 1940 baut die TIWAG im Zillertal die Wasserkraftanlage Stilp-Bösdornau aus. Das Gerloskraftwerk ist bis Kriegsende fast völlig fertig gestellt.



Zwangsarbeiterlager in Kirchbichl.

Der Bau der Kraftwerke in Tirol ist nur durch die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte möglich.

Im Stubaital wird der Speicher Mühlau gebaut. Tiefbohrungen für ein gigantisches Kraftwerkprojekt im Ötztal verschlingen große Geldmittel. Es gelangt aber schließlich nicht zur Ausführung. Um den Strom von Tirol nach Deutschland transportieren zu können, werden Leitungen vom Achenseekraftwerk über Kirchbichl und Kufstein zum bayrischen Innwerk nach Töging gebaut. Damit ist das Tiroler Stromnetz einseitig nach Deutschland ausgerichtet.

Beim Kraftwerksbau kommen tausende ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zum Einsatz.

Fremdenverkehrswirtschaft

In wirtschaftlicher Hinsicht hat der Gau Tirol-Vorarlberg vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen: die Belieferung Deutschlands mit elektrischer Energie und die Bereitstellung der Berge für die Erholung der deutschen Bevölkerung. Der Nationalsozialismus sorgt für ein neues Phänomen: den Massentourismus. Ein kostengünstiger Urlaub soll die Bevölkerung positiv stimmen und für eine Leistungssteigerung am Arbeitsplatz sorgen.

Bis ins letzte Tal dringt der Tourismus vor und macht die Sehenswürdigkeiten Tirols diesen Zielen der NS-Politik nutzbar. Die Fremdenverkehrswirtschaft erfährt eine breit angelegte Förderung. Der Ausbau der Straßen, die Vergabe billiger Kredite zur Verbesserung des Komforts und die Erhöhung der Bettenzahlen führen zu einem gewaltigen Strom deutscher UrlauberInnen nach Tirol. Diese Reisen werden auch als Ein-

Aufbruchsstimmung und neue Zwänge

kaufsfahrten genutzt. Die UrlauberInnen kaufen massenweise Lebensmittel auf, die in Deutschland schon seit langem knapp sind: Butter, Honig, Marmelade, Kaffee, Wurst, Speck usw.

Die internationalen Gäste bleiben aber aus. Die Nächtigungszahlen sind schließlich so hoch, dass sich Tirol an die Spitze aller Gauen Großdeutschlands katapultieren kann. Auch während des Krieges sind die Fremdenbetten belegt. Allerdings verändert sich der „Gästeverkehr“ mit Kriegsdauer in Richtung eines „unechten Tourismus“. Die UrlauberInnen setzen sich schließlich aus Frontsoldaten, RüstungsarbeiterInnen, deutschen Bombenflüchtlingen, erholungsbedürftigen Müttern mit Kindern sowie SchülerInnen der Innsbrucker Schulen zusammen, die nach den ersten Bombenangriffen auf die Landeshauptstadt ab Dezember 1943 aufs Land verlegt werden. Die Tourismusunternehmen müssen sich zwar an staatlich geregelte Preise, die niedrig sind, halten. Dafür sind sie bis Kriegsende mit zahlenden Gästen ausgelastet. Während der NS-Zeit können die Tiroler Fremdenverkehrsbetriebe ihre hohen Schulden zur Gänze abbauen.

Welche Glückserwartungen spricht der Nationalsozialismus an?

Nach den vielen Jahren der Not bedeutet der rasante Wirtschaftsaufschwung eine erhebliche Steigerung des Lebensstandards für viele TirolerInnen. Bald gibt es sogar Arbeitskräftemangel. Daher kommt es in den ersten Monaten nach der Machtübernahme der NSDAP zu deutlichen Lohnerhöhungen. Dies alles hebt die Stimmung in der Bevölkerung und stärkt den Glauben an eine positive Zukunft.

Auto und Reisen

Die Faszination des Nationalsozialismus wird über zwei weitere Attraktionen gesteigert: Auto und Reisen. Die Aktion „Jedem Schaffenden seinen Volkswagen“ verspricht den TirolerInnen bei regelmäßigem Ansparen kleinerer Beträge die Bereitstellung eines Autos. Das Echo und die Vorfreude sind gewaltig. Doch als 1940 die ersten Volkswagen an die SparerInnen geliefert werden sollen, werden die Menschen auf die Zeit nach dem Krieg getröstet.

Für einkommensschwache TirolerInnen scheint ein weiterer Traum in Erfüllung zu gehen. Die meisten Menschen kennen kaum mehr als Tirol. Doch nun locken NS-Organisationen mit einem kostengünstigen Urlaub in fernen Ländern. Fahrten nach



Ein Auto für alle
TirolerInnen:
Der Nationalsozialismus
verspricht, den Kauf eines
„Kraft durch Freude“-
Volkswagens durch ein
Ansparsystem zu
ermöglichen. Die Autos
werden aber schließlich
nicht ausgeliefert,
sondern im Krieg
eingesetzt.

Madeira und in die norwegischen Fjorde werden von einer Unterabteilung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) angeboten, die sich „Kraft durch Freude“ (KdF) nennt. Der Traum von einer Fernreise geht aber nur für wenige TirolerInnen in Erfüllung. Die meisten müssen sich mit Kurzurlauben in Deutschland begnügen. Doch auch diese Möglichkeit des Urlaubs ist bis dahin für die Mehrheit nicht selbstverständlich. Viele Familien können nun erstmals verreisen. „Kraft durch Freude“ verspricht Glück, die Menschen erwarten sich Glück – konkret: mehr Konsum, ein Auto, eine Urlaubsreise.

Frohe Zukunftserwartung

In großen Teilen der Tiroler Bevölkerung entwickelt sich 1938/39 ein neues Lebensgefühl, das von der Überzeugung getragen wird, dass es aufwärts geht. Obwohl sich die Wirklichkeit und die Glücksversprechen bei weitem nicht decken, entsteht eine hoffnungsfrohe Erwartungshaltung. Dies zeigt auch die große Zunahme an Ehen und Geburten von 1938 bis 1944. Nach langen Jahren der Wirtschaftskrise und der Entbehrungen glaubt man gerne, am Ende des Tunnels angekommen zu sein. Das kleine private Glück scheint zum Greifen nahe.

Welche Rolle sollen Frauen einnehmen?



Gebären ist für Frauen
Pflicht gegenüber Volk
und Staat

Der Nationalsozialismus behauptet, dass sich die Geschlechter von Natur aus unterscheiden. Deshalb sollen sie für verschiedene Arbeits- und Lebenswelten erzogen werden. Typisch für Frauen wäre Gefühl, dem Nächsten dienen, Leid ertragen, Kultur bewahren und schützen, die Familie und Häuslichkeit pflegen und vor allem Mütterlichkeit. Typisch für Männer wäre Verstand, die Welt erobern und unterwerfen, nach Glück jagen, Taten ausführen, Kultur aufbauen und zerstören, den Staat gründen, das Leben als Kampf auffassen und Mannhaftigkeit.

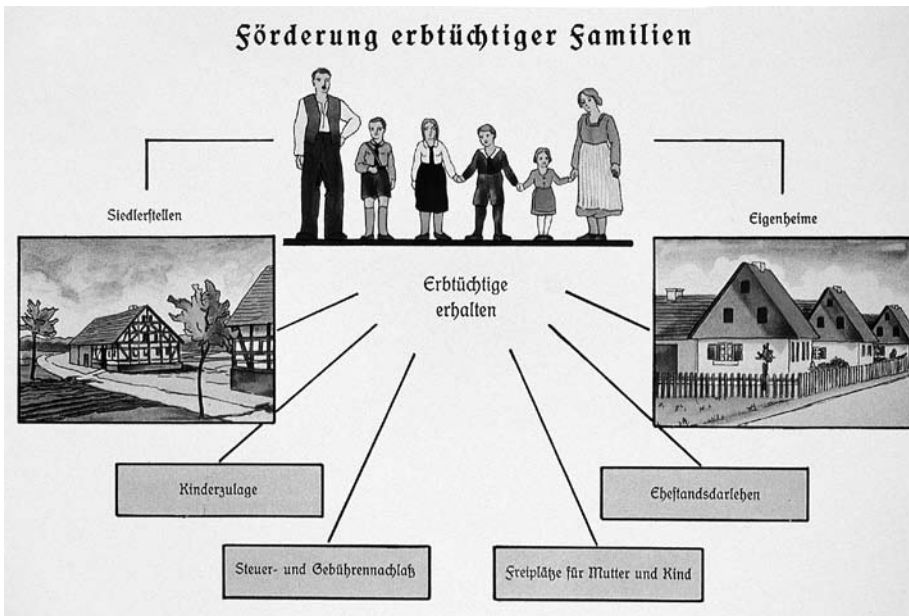
Kinder für den „Führer“

Als höchstes Ziel der Frau gilt die Mutterschaft. Sie soll dem „Führer“ und dem NS-Staat viele gesunde, deutsche Kinder schenken. Um die Geburtenzahl zu erhöhen, werden kinderreiche Ehepaare steuerlich begünstigt und finanziell unterstützt. Bei Familiengründungen erhalten die Frischvermählten ein günstiges Ehestandsdarlehen, wenn sich die Ehefrau verpflichtet, keiner Erwerbsarbeit nachzugehen. Wegen des Arbeitskräftemangels wird diese Bedingung aber aufgehoben. Das Darlehen bietet auch den Anreiz, möglichst schnell viele Kinder auf die Welt zu bringen. Für jedes in der Ehe geborene Kind verringert sich der Rückzahlungsbetrag um ein Viertel. Der Kredit ist nach vier Geburten „abgekindert“, muss also nicht mehr zurückgezahlt werden. Ab dem dritten Kind kann erstmals eine ansehnliche Kinderbeihilfe bezogen werden. Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen finden bei den in Tirol besonders oft anzutreffenden kinderreichen Arbeiter- und Bauernfamilien große Zustimmung. Die Zahl der Ehen und Geburten in Tirol steigt stark an.

Der NS-Staat beseitigt auch Ehehindernisse. Die Einführung der Zivilehe, die ohne Verpflichtung zu einer kirchlichen Heirat vor dem Staat eingegangen wird, erleichtert die Scheidung und ermöglicht eine Wiederverheiratung. Im katholischen Tirol empfinden dies die geschiedenen Frauen und Männer als große Erleichterung.

Mutterkult

„Arischen“ Frauen ist Abtreibung bei schärfster Strafandrohung untersagt. Umso stärker wird ein ausgeprägter Mutterkult gepflegt. Die NSDAP veranstaltet den Muttertag als nationales Fest mit feierlichen Reden, Geschenken und Mütterehrunen für herausragende Gebärleistungen. Frauen mit mindestens vier Kindern erhalten das Ehrenzei-



Wer mehrere „deutschblütige“ und „erbgesunde“ Kinder auf die Welt bringt, erhält so wie hier in Matri in Osttirol eine feierliche Verleihung des Mutterkreuzes in Gold, Silber und Bronze.

Um die Geburtenrate zu steigern, bekommen kinderreiche Familien spezielle Förderungen. Wer nicht dem NS-Menschenbild entspricht, wird ausgeschlossen.

chen der deutschen Mutter (Mutterkreuz) in Bronze, ab acht Kindern in Gold. Neben den finanziellen Leistungen steigert auch diese öffentliche Anerkennung die Zustimmung bei einem Teil der Frauen zum Nationalsozialismus.

Förderungsunwürdige Kinder und Ehen

Alle Menschen, die das NS-Regime als „fremdrassig, erbkrank, asozial“ oder als politische GegnerInnen einstuft, sind von Unterstützungsmaßnahmen ausgeschlossen. Die Gesundheitsbehörden, vor allem der Amtsarzt, bestimmen, ob die Familie und die Kinder „erbggesund“ sind und sich so verhalten, dass sie aus der Sicht des Nationalsozialismus für den Erhalt der Unterstützungen würdig sind. Viele Ansuchen um Kinderbeihilfen werden mit folgenden Begründungen abgelehnt:

„Der Zweck der Kinderbeihilfe ist ein bevölkerungspolitischer zur Stärkung des deutschen Volkes. Nach Angabe Ihres Gesundheitsamtes ist das Kind R.F. körperlich und geistig nicht vollwertig / leidet das Kind B.E. an hochgradigem Schwachsinn / handelt es sich um eine asoziale Familie, die erbbiologisch als unerwünscht angesehen werden muß / sind beide Eheleute außerehelicher Abkunft. Die Gemeinde Schwaz bezeichnet die Familie als ‚Karrner‘.“

Zum Heiraten ist die Ausstellung eines Ehegesundheitszeugnisses nötig. Dieses wird verweigert, wenn die Gesundheitsbehörden bei Heiratswilligen eine „geistige Störung“ oder eine „Erbkrankheit“ festzustellen glauben. Sie bereiten einem Brautpaar bereits Schwierigkeiten, wenn die Frau deutlich älter ist als der Mann. Einer ganzen Reihe von TirolerInnen bleibt es daher verwehrt, zu heiraten und Kinder zu bekommen.

Ideologie und Realität

Der Nationalsozialismus sieht die Rolle der Frau zwar in erster Linie als Mutter und Gefährtin des Mannes. Doch der Staat braucht die Arbeitskraft der Frauen und muss auf sein ursprüngliches Ziel, Frauen in den Haushalt zu drängen, verzichten. So entsteht ein Widerspruch zwischen dem NS-Frauenbild und der Realität. Zunächst heißt es in der Propaganda noch:

„Die Arbeit ehrt den Mann wie die Frau; das Kind aber adelt die Mutter. Was der Mann einsetzt an Heldenmut, setzt die Frau ein in ewig geduldigem Leiden und Ertragen. Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für das Sein oder Nichtsein ihres Volkes.“

Sehr bald wird aber von Frauen verlangt, dass sie am Arbeitsmarkt „ihren Mann stehen“. Während des Krieges müssen sie mithelfen, die Männer, die an die Front gehen, zu ersetzen. So viele Frauen wie noch nie können außer Haus einer Erwerbsarbeit nachgehen. Daher wird die Frauenrolle in der Öffentlichkeit etwas verändert dargestellt. Über eine Sekretärin bei der Bahn schreiben die „Innsbrucker Nachrichten“ 1941:



Weibliche Betriebsfeuerwehr der Tabakfabrik Schwaz 1941. Der Nationalsozialismus reduziert Frauen zwar auf die Rolle der Mutter und Gefährtin des Mannes. Doch aufgrund des Mangels an Arbeitskräften können, ja müssen immer mehr Frauen in Männerberufen tätig werden.

„Auch sie empfindet das rasche Entgleiten der Stunden während der Arbeit als Erlösung vom eigenen zagen Ich und wenn ihr beim Heimkommen ihr anderthalbjähriges Bübchen jubelnd an die Wohnungstüre entgegengewackelt kommt, fühlt sie sich reich und glücklich im Bewußtsein doppelt erfüllter Pflicht.“

Der NS-Staat wirbt zwar für den Arbeitseinsatz von Frauen, hält aber weiterhin an der traditionellen Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen fest. Daher wird betont, dass der Mann daheim weiterhin die Hosen anhave und die weibliche Berufstätigkeit nur eine vorübergehende Erscheinung sei.

Welche Zwänge gibt es in der Arbeitswelt?

Im Nationalsozialismus gibt es keine Gewerkschaft, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt, sondern nur die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF). Sie ist ein der NS-DAP angeschlossener Verband „aller schaffenden Deutschen“. Der Beitritt ist offiziell freiwillig, in Wirklichkeit Pflicht. Diese Einheitsmitgliedschaft und die von der DAF organisierten Aktivitäten ermöglichen es dem NS-Regime, die arbeitende Bevölkerung im Beruf und in der Freizeit zu kontrollieren und zu beeinflussen. Die DAF hat in Tirol hunderte haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen.

Aufbruchsstimmung und neue Zwänge



Parole der Deutschen Arbeitsfront.
Das NS-Regime erwartet sich Leistungssteigerung und setzt auf einen absoluten Arbeitszwang.

Die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF)

In der DAF sind sowohl die ArbeitnehmerInnen als auch die Gewerbetreibenden und UnternehmerInnen organisiert. Streiks sind verboten, Löhne von einer staatlichen Stelle, dem Reichstreuhand der Arbeit, festgesetzt. Auch im Betrieb gilt das Führerprinzip. Die ArbeiterInnen müssen ihrem Chef, dem Betriebsführer, Gefolgschaftstreue leisten. Der Betriebsführer hat die uneingeschränkte Entscheidungsbefugnis in allen betrieblichen Angelegenheiten. Eine Mitsprache der ArbeiterInnen ist nicht vorgesehen.

Obmann der DAF ist der Gauleiter. Die DAF informiert, kontrolliert und schult die Arbeitskräfte im nationalsozialistischen Sinn. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist die Verschönerung des Arbeitsplatzes (Amt für Schönheit der Arbeit) und die Freizeitbetreuung, speziell die Organisierung von Reisen und Urlaub (Amt „Kraft durch Freude“ – KdF).

Die DAF unternimmt alles, um die Leistung der ArbeiterInnen zu steigern. Die Sozialpolitik ist dazu da, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen, die Kriegsrüstung zu sichern und die Zustimmung der Bevölkerung herzustellen. Robert Ley, der oberste Leiter der DAF im Deutschen Reich, spricht bei seinem Besuch in Innsbruck im Jänner 1939 offen aus, was die Parteiführung von den ArbeiterInnen erwartet. Kritik ist unerwünscht:

„Bei uns muß geschafft werden. Tempo, Tempo ist die Parole. Das Tempo von heute ist viel zu langsam, es wird und muß noch anders werden. Wer dieses deutsche Vaterland als ein Jammertal bezeichnet, der versündigt sich an ihm und seinem Volke, der ist ein Landesverräter. Schöner wie unser deutsches Vaterland kann selbst das Paradies niemals sein.“

Die DAF behauptet, dass es keine Gegensätze zwischen UnternehmerInnen und ArbeiterInnen gibt. Doch in Wirklichkeit ist vor allem der Betriebsführer in der Lage, viele seiner Interessen durchzusetzen, da er deutlich mehr Macht hat als seine ArbeiterInnen und Angestellten. Ohne Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Betriebsräte können sich die ArbeitnehmerInnen nur schlecht wehren. Die DAF hält die Propaganda von der harmonischen Volksgemeinschaft hoch, für die man Opfer bringen muss. Der Einzelne hat keine Bedeutung, das Volk ist alles. Die Arbeit wird idealisiert und die Bedeutung der ArbeiterInnen in der Öffentlichkeit hervorgehoben.

Militarisierung der Arbeit

Die Einschränkung der Rechte der ArbeitnehmerInnen zeigt sich auch darin, dass das Arbeitsamt bestimmt, wo die Menschen arbeiten. Die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl ist aufgehoben, die Möglichkeit eines selbstbestimmten Berufswechsels stark eingegengt. Durch die Einführung eines Arbeitsbuches, in das Art und Zeit der Beschäfti-



gung eingetragen werden, unterliegen die ArbeitnehmerInnen einer totalen Kontrolle. Ohne Arbeitsbuch darf niemand beschäftigt werden.

Im Nationalsozialismus herrscht Arbeitszwang. Man kann unabhängig von seiner Ausbildung und seinem Wohnort überallhin dienstverpflichtet werden. Junge Männer und Frauen müssen ein halbes Jahr fast ohne Bezahlung einen „Reichsarbeitsdienst“ (RAD) leisten. Frauen haben ein „Pflichtjahr“ in der Land- und Hauswirtschaft zu absolvieren.

In wiederkehrenden Abständen initiiert das NS-Regime Kampagnen gegen Randgruppen wie BettlerInnen und so genannte Arbeitsscheue. In Zeitungsartikeln wird die Tiroler Bevölkerung zur Denunziation aufgefordert: „Es ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Mitleid Bettlern gegenüber heute nicht mehr angebracht ist. Wenn Bettler zu euch, Volksgenossen, kommen, so übergibt sie dem nächsten Schutzpolizeibeamten.“

Als arbeitsscheu gilt bereits, wer den Arbeitsplatz und die Art seiner Tätigkeit nach eigenen Vorstellungen wählen will. Dies gibt den Bürgermeistern die Möglichkeit, DorfbewohnerInnen zu melden, gegen die sie Vorurteile haben. In ihren Berichten für die NS-Behörden charakterisieren sie Einzelne voll Bösartigkeit: ist zu faul zum Arbeiten/geht nur spazieren/gehört ins Arbeitshaus/ist bequemes Fräulein/wartet bis sich ein Mann (Ehegatte) findet usw.

Aufmarsch von Männern des Reichsarbeitsdienstes in Innsbruck 1943. Junge Männer und Frauen müssen in den Lagern des Reichsarbeitsdienstes ihre Arbeitskraft kostenlos zur Verfügung stellen.

Bezirkshauptmannschaft K i t z b ü h e l

Zl.B- 2375/2

am

Betreff : Aufsicht über arbeitsscheue Personen.

An

in

Laut durchgeführter Erhebungen ist es Ihnen, obwohl im neuen Staate jede Arbeitskraft dringend gebraucht wird, noch nicht gelungen, eine Beschäftigung zu finden.

Es liegt daher der Verdacht nahe, dass Sie eine eingewurzelte Abneigung gegen einen rechtschaffenen und arbeitsamen Lebenswandel haben. Sollte dies der Fall sein, so würde dies einen Widerspruch gegen die Anordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan darstellen.

Sie haben sich binnen 48 Stunden nach Zustellung dieses Schreibens bei dem Arbeitsamt in Kitzbühel unter Mitnahme ihrer Dokumente vorzustellen und wird Ihnen eine Arbeit zugewiesen werden. Sollten Sie dieser Aufforderung keine Folge leisten oder die zugewiesene Arbeit nicht oder nur schlecht ausführen, so wird für diesen Fall der Antrag auf Abschub in das Konzentrationslager gestellt werden.

Der Bezirkshauptmann:

Im Nationalsozialismus ist es nicht möglich, selbst zu bestimmen, wo, was und wie man arbeiten will. Wer sich den Anordnungen der NS-Behörden widersetzt, wird als arbeitsscheu bzw. asozial bezeichnet und verfolgt.

Die NS-Führung versucht Frauen, die zu Hause sind, in den Arbeitsmarkt zu zwingen. Doch meist sind es Frauen der unteren Schichten, die vom Haushalt in die Fabrik oder in die Landwirtschaft wechseln müssen. Die Wohlhabenden können es sich richten. Einer gesundheitlich angeschlagenen Frau im Armenhaus in Telfes wirft der Bürgermeister vor, dass sie nur simuliert und fordert sie auf, unverzüglich arbeiten zu gehen. Über ihre Familienverhältnisse berichtet er zynisch: „Ihr Mann ist bereits in Dachau gestorben.“

Wer zu wenig schnell und fleißig arbeitet oder sich in den Augen der NS-Behörden und des Betriebsführers vor einer Arbeit drückt oder unpassend benimmt, wird zur „Umerziehung“ in das gefürchtete Arbeiterziehungslager Reichenau überstellt, wo der blanke Terror herrscht.

Wie geht es der Bauernschaft und den LandarbeiterInnen?

Die Bauernschaft wird in der nationalsozialistischen Propaganda hochgehalten. Sie gilt als „ewige Blutquelle des deutsch-germanischen Volkstums“. Das Hauptziel der NS-Landwirtschaftspolitik ist die Modernisierung und Technisierung am Land, um die Ernährung für den geplanten Krieg sicherzustellen. Daher setzt die NS-Bürokratie Maßnahmen, um die Landwirtschaft in ihrem Sinne lenken zu können. Die bäuerlichen Interessenvertretungen wie die Landwirtschaftskammer und der Bauernbund werden aufgelöst und in die Organisationen des „Reichsnährstandes“ eingegliedert. Der Großteil der katholisch-konservativen Bauernvertreter kann weiterarbeiten, da ihre Fachkompetenz benötigt wird.

Gleichzeitig erfolgen erhebliche Eingriffe in die Eigenständigkeit der Bauernschaft. Die Einführung einer Hofkarte dient der Kontrolle und Lenkung der bäuerlichen Betriebe. Sie enthält detaillierte Informationen über die Anzahl der Arbeitskräfte, die Flächennutzung, Anbau und Erträge, Maschinen- und Viehbestand, Milcherzeugung und Marktleistung. Auch im Zuge der „Entschuldung“ der Landwirtschaft werden die betroffenen bäuerlichen Betriebe genauestens überprüft. Dadurch weiß der Staat bestens über die Bauernhöfe Bescheid.

„Entschuldung“

1938 sind in Tirol-Vorarlberg fast ein Drittel der bäuerlichen Betriebe hoch verschuldet. Diese Bauernhöfe können sich zur „Entschuldung“ anmelden und müssen nicht

Aufbruchsstimmung und neue Zwänge

versteigert werden. Die „Entschuldung“ stellt aber in Wirklichkeit eine Umschuldung dar. Private Gläubiger sind gezwungen, auf einen Teil ihres Geldes zu verzichten. Die Zinsen werden erheblich vermindert und die kurzfristigen Schulden in langfristige umgewandelt. Die Bauerinnen und Bauern erhalten günstige Reichsdarlehen, mit denen sie nach den Plänen der NS-Behörden ihre Höfe modernisieren. Viele Bergbauern bekommen Zuschüsse, die sie nicht mehr zurückzahlen müssen.

Der Nachteil der Umschuldung ist, dass der NS-Staat zum Hauptgläubiger aufsteigt, von dem die Bäuerinnen und Bauern abhängig sind. Sie müssen ein Kassabuch führen, benötigen die Genehmigung der Behörden beim Kauf und Verkauf ihrer Höfe und auch die Aufnahme von Krediten ist genehmigungspflichtig. So mancher Bauer wird gezwungen, seinen Betrieb frühzeitig dem Sohn zu übergeben.

Verbesserung der Infrastruktur

Um die Erträge in der Landwirtschaft zu steigern, fördert der Nationalsozialismus die Verwendung von Dünge- und Futtermittel sowie die Technisierung. Der Maschinen- und Geräteumfang erhöht sich deutlich. Die Mechanisierung der klein- und bergbäuerlich geprägten Tiroler Landwirtschaft bleibt dennoch weiterhin relativ bescheiden. Groß angelegte Arbeitsbeschaffungsprogramme sorgen auf dem Gebiet des Güterweg-, Alpweg- und Seilwegbaus, der Alpverbesserungen und Flussregulierungen sowie beim Bau von Wasseranlagen, Ställen, Sennhütten usw. für eine deutlich verbesserte landwirtschaftliche Infrastruktur.

Landflucht

Da die Lebensbedingungen am Land sehr schlecht sind und es nun in der Stadt einen großen Bedarf an Arbeitskräften gibt, verlassen viele LandarbeiterInnen die Bauernhöfe. Das NS-Regime versucht, dies mit der Gewährung von Begünstigungen zu verhindern. Knechte und Mägde können oft zum ersten Mal in ihrem Leben einen Erholungsurlaub machen. Sie erhalten Zuschüsse für Wohnungen, Einrichtungen und sonstige Hilfen, die die Heiratsmöglichkeiten verbessern. Viele LandarbeiterInnen können es sich nämlich wegen ihres geringen Einkommens nicht leisten, eine Ehe einzugehen. Dennoch kann die Abwanderung aus der Landwirtschaft nicht verhindert werden.

Um den Bedarf an Arbeitskräften zur Erntezeit decken zu können, werden Hitlerjugend, Schüler- und StudentInnen, die NS-Frauenschaft, der „Reichsarbeitsdienst“ und „Pflichtjahrmädchen“ herangezogen. Mit Hilfe von Gesetzen, Verordnungen und Erlässen erfolgt schließlich die Einführung von Zwangsmaßnahmen, die es dem Arbeitsamt ermöglichen, Arbeitskräfte am Land zu halten oder dorthin zu lenken. Nach Kriegsausbruch sorgen vor allem ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene für die Ernteeinbringung.



Feldarbeit in Tux in den 1940er Jahren. Während des Krieges bringen vor allem Frauen und ZwangsarbeiterInnen die Ernte ein.

Das Verhältnis der Tiroler Bauernschaft zum Nationalsozialismus

Die Bauernschaft profitiert zunächst vom Nationalsozialismus. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden zu fixen Preisen abgenommen, die „Entschuldung“ sichert vielen Bauernhöfen das Überleben, und auch die großen Investitionen kommen den LandbesitzerInnen zugute. Durch den Straßenbau und den Fremdenverkehr ergeben sich zusätzliche Einnahmequellen. Dies ist in Tirol, wo viele Menschen einen Bauernhof nur nebenberuflich führen, besonders wichtig. Auch die neuen Bargeldzuschüsse in Form von Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen sind für die kinderreichen Familien am Land eine große Hilfe.

Die Steigerung der Löhne für LandarbeiterInnen verringert aber die bäuerlichen Einkommen, während sich die Preise für Erzeugnisse der Industrie stärker erhöhen als die der Landwirtschaft. Die Erfordernisse der Kriegsrüstung haben eindeutig Vorrang, die Kaufkraft am Land sinkt. Während des Krieges wird der Bauernschaft genau vorgeschrieben, wie viele Lebensmittel sie zu festgelegten Preisen abzuliefern haben. Wer heimlich Vieh schlachtet, muss mit harten Strafen rechnen. Die Einschränkung ihrer Selbstständigkeit durch den zunehmenden Einfluss von Partei (Orts-

Aufbruchs- stimmung und neue Zwänge

bauernführer) und Staat („Reichsnährstand“) akzeptieren die Bäuerinnen und Bauern nur widerwillig.

Der Kampf gegen die katholische Kirche und das Vorgehen des Nationalsozialismus gegen Geistliche trübt die Stimmung in der ländlichen Bevölkerung beträchtlich. Ihre Unzufriedenheit richten die Bäuerinnen und Bauern meist nicht direkt gegen das NS-Regime, sondern gegen einzelne Persönlichkeiten der Partei und des „Reichsnährstandes“.

Viele LandarbeiterInnen, die den Sprung in die Stadt schaffen oder Lohnzugeständnisse erhalten, verehren Hitler. Ihre katastrophalen Lebensbedingungen am Land verbessern sich.

Dem Nationalsozialismus gelingt es im Großen und Ganzen bis Kriegsende, in der Tiroler Landbevölkerung eine zumindest oberflächliche Zustimmung zu erhalten. Sie gehorcht wie immer der Obrigkeit, eine innere Begeisterung fehlt jedoch bei vielen. Die Bauernschaft ist nicht an Ideologie, sondern an konkreten wirtschaftlichen Verbesserungen interessiert. Als ein Tiroler Kleinbauer Unterstützung erhält, erklärt er seiner Tochter: „Wir haben toll (viel) Roggen bekommen, nun müssen wir auch zum Geburtstag des Führers die Fahne heraushängen.“